

[Newsletter September]



Inhalt

Artikelübersicht

Editorial	2
Grüne fordern gleiche Rechte für Lesben und Schwule	2
Jugendschutz contra Zensur?	2
Fördern statt Sitzenbleiben	3
Machen statt Meckern	3
Die Novellierung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge	4
Strahlende Fracht – unbewacht	4
Geschichte erleben und erinnern	5
Optionszwang und Residenzpflicht müssen endlich weg	5
Thüringer Landtag stoppt FDP-Antrag	6
Deine Daten gehören dir	6
Wir sehen uns	7



Liebe Freundinnen und Freunde,

für uns Grüne ist klar: Es darf keinen Ausstieg aus dem Ausstieg geben. Deshalb haben wir im vergangenen Plenum eine aktuelle Stunde zum Thema beantragt und die hitzige Debatte sachlich bereichert. Deshalb haben wir uns dem Aufruf angeschlossen unter der Überschrift "**Gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke**", wie sie jetzt auf Bundesebene beschlossen wurde. Der Atomausstieg ist eine Richtungsfrage für die ökonomische, energie- und klimapolitische Zukunft. Der Atomausstieg duldet keinen Aufschub. Auch der Strom aus vielen Thüringer Steckdosen wird durch Atomkraftwerke generiert, es

rollen Atommülltransporte über Thüringens Straßen und unsere Stadtwerke treten über weitere drei Jahrzehnte in Konkurrenz mit dem billigen aber gefährlich produzierten Atomstrom. Das wirft den Ausbau der Erneuerbaren um Jahre zurück.

Für uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die vor 30 Jahren aus der Anti-Atomkraftbewegung entstanden sind, ist der Ausbau der Erneuerbaren ein Herzensanliegen. Deshalb rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger in Thüringen auf, sich am 18. September in Berlin bei der Großdemonstration gegen die Atomkraft zu beteiligen. Auf nach Berlin!

Freundlich,
Eure Fraktionsvorsitzende

Anja Siegesmund
Anja Siegesmund

„Es darf keinen Ausstieg aus dem Ausstieg geben.“

Grüne fordern gleiche Rechte für Lesben und Schwule

Die Landeregierung will alle Thüringer Standesämter für gleichgeschlechtliche Partnerschaften öffnen. Damit stellt sich der Freistaat zumindest in diesem Punkt den Lebensrealitäten und beendet einen Sonderweg der zu Diskriminierung von Lesben und Schwulen und unnötigen Doppelstrukturen geführt hat. Dieser Schritt war längst überfällig!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen für die volle Gleichstellung nach dem Grundsatz, gleiche Rechte, gleiche Pflichten'. Daher fordere ich als gleichstellungspolitischer Sprecher der Fraktion nun weitere Schritte. Besonders im Steuer- und Beamtenrecht gibt es noch eine massive Ungleichbehandlung. Ohne volle Gleichberechtigung bleibt jedes Reden über Toleranz heiße Luft. Bei der Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften können wir nicht immer abwarten bis die Gerichte die Politik zum Handeln auffordern.

Frank Augsten

Jugendschutz contra Zensur? - Medienkontrolle im Netz erfordert neue Lösungen

Hinter einem äußerst sperrigen Namen verbarg sich viel Sprengstoff für alle, die sich mit der Entwicklung des Internets beschäftigen.

Der „14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag“ ist von allen 16 Bundesländern und der Bundesregierung unterschrieben worden und sollte nun auch durch den Thüringer Landtag bestätigt werden.

Wir mussten uns als bündnisgrüne Fraktion nun damit auseinandersetzen, dass dieses Wortmonster einerseits dafür sorgen soll, dass Kinder und Jugendliche im Netz besser vor ungeeigneten Inhalten geschützt werden sollen und andererseits Befürchtungen bestehen, dadurch das Tor für eine ungewollte Zensur auf zu tun.

Ich habe versucht, unsere Position zu verdeutlichen. So ist die Einführung von „Sendezeiten“ im Netz wahrscheinlich geeignet, für Kinder bis zu einem gewissen Alter den Zugang zu pornografischen und gewalttätigen Inhalten zu erschweren. Wir wissen aber auch um die Grenzen solcher Maßnahmen durch ausländische Server etc.. Ähnliches gilt für Filterregeln und Kennzeichnungspflichten für die Unbedenklichkeit für bestimmte Altersgruppen. Einerseits können solche Maßnahmen Eltern unterstützen, die Netznutzung ihrer Kinder zu steuern. Andererseits besteht die Möglichkeit der Umgehung und die Freiheit im Netz ist beeinträchtigt.

Zu beachten ist auch, dass gerade die Entwicklung privater „Gated Communities“ im Netz voran schreitet. Die Politik muss auch darüber entscheiden, ob diese zulässig sein sollen und ob nicht „staatlich“ „eingezäunte“ Bereiche des Netzes dann ein kleineres Übel darstellen. Wir haben die Regierung aufgefordert, der Ansicht anderer Bundesländer beizutreten, dass es keine Kontrollpflichten von Anbietern für fremde Inhalte durch diesen Staatsvertrag geben soll, auch nicht im Rahmen von Foren und Blogs. Auch für uns zeigt der Vertrag die Grenzen des derzeitigen staatlichen Rechtssystems in der neuen virtuellen Umwelt. Wir wollen aber im Gespräch mit den Befürwortern bleiben und sind auch der Meinung, dass die bedingte Eignung der Regelung zumindest den Erkenntnisgewinn über die Notwendigkeit internationaler Regelungen zeigen wird.

Carsten Meyer



Unser Sommerfest am 27. August im Thüringer Landtag. Danke an alle, die da waren und mit uns den luftigen Innenhof beGRÜNT haben!

FÖRDERN STATT SITZENBLEIBEN – LÄNGER GEMEINSAM LERNEN – FREIE SCHULEN

Die große Mehrheit der Thüringer spricht sich dafür aus, dass das längere gemeinsame Lernen und somit Chancengleichheit für alle endlich konsequent umgesetzt werden. CDU und SPD streiten sich jedoch seit Monaten darüber, wer nun das bessere Konzept hat. Wir werden uns nicht an einem ideologischen Schulstreit beteiligen, sondern setzen uns dafür ein, gemeinsam die besten Lösungen für alle Beteiligten, Schüler, LehrerInnen und Eltern zu erarbeiten, um längeres gemeinsames Lernen und die bestmögliche individuelle Förderung für alle Schüler und Schülerinnen und Jugendlichen zu erreichen. Denn uns kommt es auf den Inhalt von Schule und eine andere Kultur des Hinschauens und Zuhörens in Schule an.

Eines muss in der jetzigen Diskussion jedoch auch klar sein. Alle Kinder müssen dem Land gleich viel wert sein! Daher kann es nicht sein, dass Freie Schulen finanziell ausgeblutet und zudem in ihrer Trägerautonomie beschnitten werden sollen. Wir werden uns im Rahmen der anstehenden Haushaltsdebatte und der Gesetzesnovellierung dafür stark machen, dass wir weiterhin eine bunte Vielfalt an freien und staatlichen Schulen in Thüringen haben, die ausreichend finanziert sind. Den angekündigten Mittelkürzungen an den freien Schulen werden wir entgegen treten. Eine klare Absage erteilen wir der Maßgabe, künftig eine Landeskinderklausel im Gesetz einzufügen, die zur Folge hätte, dass künftig die Wahlmöglichkeit massiv eingeschränkt wird. So könnten beispielsweise Kinder aus angrenzenden Nachbarländern künftig keine freien Schulen mehr in Thüringen besuchen. In meiner Rede dazu habe ich klargestellt, dass dies aus unserer Sicht das völlig falsche Signal ist, sollte es doch vielmehr darum gehen, Kinder und junge Erwachsene zu uns einzuladen und bestenfalls auch längerfristig für Thüringen zu gewinnen.

Uns kommt es maßgeblich auf den Inhalt und das Wie von Schule an! Deshalb haben wir in der letzten Sitzung des Thüringer Landtags die Abschaffung von Klassenwiederholungen in Thüringen gefordert, denn, das zeigen alle Studien, unfreiwilliges Sitzenbleiben ist teuer und trägt nicht zu besseren Leistungen der Schüler und Schülerinnen bei. Die auf diesem Wege eingesparten Mittel sollen vielmehr für die individuelle Förderung der Schüler und Schülerinnen eingesetzt werden. Die Fraktionen der CDU und FDP konnten oder wollten leider nicht viel beitragen zu der doch insgesamt sehr konstruktiven Diskussion. Systembeschwörungen und der Hinweis, es habe aber im deutschen Schulwesen immer Sitzenbleiber gegeben, helfen uns nicht weiter. Derartig reformunwilliges Agieren ist aus unserer Sicht schwarz-gelbe Mottenkiste von Vorgestern! Die bildungspolitische Debatte ist da längst weiter. Wir freuen uns daher auf eine nicht ideologische und fachliche Debatte im Bildungsausschuss, der nun folgt.

In der weiteren Diskussion wird es darum gehen, wie wir es gemeinsam schaffen, dass mit einem guten Schulgesetz, unfreiwillige Klassenwiederholungen bald der Geschichte angehören und wie wir das Ziel erreichen, die Qualität des Unterrichts und die individuelle Förderung so zu verbessern, dass jedes Kind den für sich besten Bildungsabschluss erreicht, ohne sogenannte „Ehrenrunden“ drehen zu müssen. Ein Schulsystem, das den Anforderungen der Wissensgesellschaft genügen will, muss chancengerecht und leistungsstark zugleich sein – und dass dies kein Widerspruch ist, davon sind wir überzeugt. Insofern hoffen wir, dass der Bildungsausschuss auch unserem Vorschlag folgt, externen Sachverständigen aus Theorie und Praxis zu Rate zu ziehen.

Astrid Rothe-Beinlich

Machen statt Meckern

Unsere Landtagsfraktion hat in diesem Plenum einen Antrag für die Einführung eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) in der Politik in Thüringen eingebracht. Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen und Berlin haben ihren Freiwilligendienst für Jugendliche und junge Erwachsene mittlerweile auf den Bereich Politik und Demokratie erweitert. Thüringen hinkt der Entwicklung deutlich hinterher. Im Freistaat bieten wir Jugendlichen bisher lediglich die Bereiche Soziales, Ökologie, Denkmalpflege, Kultur und Sport an. Als Einsatzorte eines FSJ Politik wären unter anderem Kommunalparlamente, Kommunalverwaltungen, Menschenrechtsorganisationen, Sozialverbände, politische Stiftungen oder öffentlich-rechtliche Medien denkbar. Dabei muss man das Rad nicht neu erfinden, sondern kann auf die Erfahrungen anderer Bundesländer zurückgreifen. In unserem Antrag forderten wir die Landesregierung dazu auf, ein entsprechendes Konzept bis zum Ende des Jahres vorzulegen. Leider nutzt Schwarz-Rot den Landtag gern zum Hinauszögern und zum „Outsourcing“ von Arbeit. Anstatt unserem Antrag zu folgen, wollten SPD und CDU lieber erst mal im Ausschuss darüber diskutieren, denn ihrer Landesregierung eine Hausaufgabe zuzumuten.

Ein FSJ Politik stellt, wie die Praxis aus den anderen Bundesländern zeigt, eine sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden Angeboten für die oftmals schwierige Orientierungsphase nach dem Schulabschluss dar. Nicht zuletzt angesichts der zunehmenden Politikverdrossenheit unter Jugendlichen kann ein Freiwilligendienst in der Politik politische Prozesse verständlicher machen und Vorurteilen entgegenwirken.

Ein Freiwilligendienst im politischen Leben gibt Jugendlichen die Chance, deutlich mehr an Demokratie zu partizipieren – frei nach dem Motto „Machen statt Meckern“!

Anja Siegesmund

Die Novellierung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge



In den letzten 72 Stunden des Landtagswahlkampfes präsentierten wir im Jahr 2004 dieses Plakat. Am 09. September 2010 lösten wir das damit verbundene Versprechen ein. Gemeinsam mit der Fraktion die LINKE brachten wir das „Gesetz zur Abschaffung der Straßen- und Abwasserbeiträge“ ein. Wir selbst hatten eine intensive Diskussion in der Fraktion, der LAG Innen und Recht und bei zwei Terminen mit unseren Kommunalos. Ziel ist es, mit der vielfachen Ungerechtigkeit Schluss zu machen. Niemand kann argumentieren, dass alle Eigentümer von Grundstücken von der Errichtung der Abwasserleitungsnetzes und der Kläranlage einen Nutzen hätten – die Mieter aber nicht. Denn den größten Nutzen hat die Allgemeinheit, weil unsere Flüsse, Seen und Meere sauberer werden – das geht uns alle an. Im Straßennetz ist es ähnlich, obwohl viele, auch bei uns GRÜNEN meinen, dass natürlich der besondere Vorteil beim Eigentümer liegt. Aber niemand kann die Augen davor verschließen, dass die Mieter und die Anwohner der benachbarten Straßen ebenso einen Vorteil haben. Wir alle nutzen Straßen, Bürgersteige und Radwege, damit ist es auch richtig, dass wir alle die Infrastruktur erhalten.

Es macht aus unserer Sicht viel Sinn, dass wir GRÜNE uns hier auf einige unserer Grundprinzipien beziehen: Solidarität, Verursacherprinzip und Bürgerbeteiligung. Denn unser Gesetz schafft mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz – sicher, dies wäre nicht nötig, wenn wir überall schon Bürgerhaushalte hätten. Aber solange wir diese nicht haben, brauchen wir ein Gesetz dafür.

Mir ist die Kontroverse, auch in unserer Partei, dazu bewusst und biete Euch gerne an, in den Kreisverband zu kommen und mit Euch zu diskutieren.

Schaut mal in die Debatte rein:

<http://plenumonline.fem.tu-ilmenau.de/thueringen/Default.aspx?TOPcount=5>

Dirk Adams

Strahlende Fracht – unbewacht

Laut Recherchen des MDR fahren Atomtransporte unbewacht über Thüringens Straßen. Kein Licht ins Dunkel brachte die Antwort auf eine mündliche Anfrage von mir zu diesen Atomtransporten.

Angesichts des offensichtlichen Zuständigkeitswirrwarrs für die Überwachung und Kontrolle dieser Transporte waren wir gespannt, wer sich zu dieser Frage äußern würde – es war das Sozialministerium! Weitere im Zusammenhang mit Atomtransporten genannte Behörden sind das Umweltministerium, das Innenministerium, das Landesverwaltungsamt und der Landesbetrieb für Arbeits-schutz und technischen Verbraucherschutz.

Staatssekretär Dr. Schubert sagte, es gebe weder Kontrollen dieser Transporte noch eine recherchierbare Dokumentation zu „ereignis-losen Transporten“. Da das Land kontrollieren muss, ob radioaktives Material den Sicherheitsbestimmungen entsprechend transportiert wird, ist das ein unhaltbarer Zustand!

Dirk Adams wird das Thema auf die Tagesordnung des Innenausschusses bringen.

Jennifer Schubert

Geschichte erleben und erinnern – Erste GrenzerFAHRung war ein Erfolg

Angeregt durch die bekannte Arbeit des grünen Europaabgeordneten Michael Cramer für einen Radweg entlang des ehemaligen eisernen Vorhanges habe ich vom 21.-22. August die erste Radwanderung an der thüringisch-bayrischen Grenze organisieren lassen (Danke an alle Beteiligten!).

14 Aktive, darunter auch zwei Freunde der bayrischen Grünen, starteten in Mellrichstadt, verpflegt vom stellvertretenden Bürgermeister der Stadt, die als Modellstadt für E-Mobilität ausgewählt wurde. Wir erfuhren im Wortsinn die ehemalige Grenze, ließen uns das Grenzmuseum Behringen zeigen und feierten dann in Bedheim mit vielen anderen am Abend das Fest unseres Landesverbandes. Am nächsten Tag ging es dann bis nach Harras, wobei wir uns vorher noch das "Panorama" am Froschgrundsee mit der Brücke der falsche ICE-Trasse anschauen konnten. Das Wetter blieb bis zum Einstieg in die Bahn perfekt.

Im nächsten Jahr wird die zweite GrenzerFAHRung vom 13.-15. August stattfinden, vermutlich von Geisa in der Rhön zur Werra. Diese Tour ist dann auch für Kinder machbar. Wir freuen uns jetzt schon auf noch mehr Teilnehmende. Wir wünschen uns dann das Erinnern an die Gründe der deutschen Teilung, die Erfahrung der langsamen Heilung dieser Wunde und vor allem den gemeinsamen Spaß beim Radeln.

Carsten Meyer



OPTIONSZWANG UND RESIDENZPFLICHT MÜSSEN ENDLICH WEG

Wir setzen uns für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht und Asylrecht ein und machen uns daher für die bundesweite Abschaffung des Optionszwangs und der Residenzpflicht stark. Denn integrationspolitisch sind derartige Maßnahmen völlig verfehlt und greifen aus unserer Sicht zudem unzulässig in Grundrechte ein. Wir wollen nicht, dass Kinder mit Migrationshintergrund, in Deutschland geboren und aufgewachsen, zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und derjenigen der Eltern wählen müssen. Um Integration und Teilhabe zu ermöglichen und die landesweite Bewegungsfreiheit für Asylbewerber in Thüringen nicht länger unnötig zu erschweren, fordern wir die Landesregierung auf die Residenzpflicht gänzlich abzuschaffen.

Wir danken der Initiative der Evangelischen Kirche, die mit Ihrem Aufruf zur Abschaffung der Residenzpflicht, viel Gehör und breite Unterstützung gefunden hat – so auch durch die Katholische Kirche und diverse Flüchtlingsinitiativen. Umso mehr bedauern wir, dass SPD und CDU – trotz zumindest teilweise anderslautender Äußerungen im Plenum – einem modernen Staatsangehörigkeit- und Asylrecht durch ihre Ablehnung der Anträge eine Absage erteilt haben. Im aktuellen Plenum ging leider die Koalitionsräson über ein Agieren im Sinne der Betroffenen.

Damit verantworten SPD und CDU die in Thüringen weiterhin bestehende Einschränkung der Bewegungsfreiheit Asylsuchender und abgelehnter Asylsuchender im Status der Duldung. Auch die angekündigte Neuregelung verbessert die Situation nicht wirklich. Indem es künftig 21 unterschiedliche Residenzbezirke geben soll, wird höchstens der bürokratische Aufwand erhöht, nicht jedoch dem berechtigten Anliegen, sich innerhalb Thüringens frei bewegen zu können, Rechnung getragen.

Astrid Rothe-Beinlich



Dr. Frank Augsten bei der Messeeröffnung „Grüne Tage“ in Erfurt. Bundesagrarinministerin Ilse Aigner und die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht freuen sich über leckere Biomöhren am Stand von Ökoherz.

THÜRINGER LANDTAG STOPPT FDP-ANTRAG ZU ERWEITERTEN LADENÖFFNUNGSZEITEN

Am 9. August befasste sich der Landtag mit dem Gesetzentwurf der FDP für eine weitere Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten. Eingeleitet wurde der Gesetzentwurf mit der lapidaren Feststellung „Weihnachtszeit ist Einkaufszeit“, und dass das „Bummeln“ an Adventssonntagen eine „beliebte Form der Freizeitgestaltung“ sei. Das sahen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, DIE LINKE und SPD ganz anders. Ich habe in meiner Rede klargestellt, dass der Schutz des Sonntags durchaus keine reine Verfassungsslyrik, sondern vielmehr ein Grundrecht zum Schutz der ArbeitnehmerInnen und der Familie ist. Denn folgt man der Argumentation der FDP, dann würde man mit dem Wegfall der Sonntagsruhe Gläubigen, ArbeitnehmerInnen und ganzen Familien die letzte Verlässlichkeit auf Entschleunigung des immer rasanter werdenden Alltags nehmen! Die besondere Stellung des Sonntags hatte zuletzt das Bundesverfassungsgericht in einem Grundsatzurteil im letzten Jahr betont. Bereits heute kann der Einzelhandel in Thüringen aus vier Sonn- und Feiertagen, sowie aus dem 1. Advent einen regulären Arbeitstag machen. Die FDP wollte einen weiteren Adventssonntag dem Konsum opfern. Jeder einzelne verkaufsoffene Sonntag und jede weitere Ausdehnung der Öffnungszeiten stellt die im Einzelhandel Berufstätigen und deren Familien vor gewaltige Probleme. Herr Barth kann nicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fordern und das Gegenteil davon praktizieren. Das ist schlicht scheinheilig!

Anja Siegesmund

Deine Daten gehören dir

Da die Landesregierung bei der Vorratsdatenspeicherung mit unterschiedlichen Positionen in der Öffentlichkeit zu hören war, wollten wir als GRÜNE-Fraktion wissen, welches nun der Standpunkt der Landesregierung sei. Die Landesregierung versuchte zu beschwichtigen und stellte dar, dass eine gute Strafverfolgung in Zukunft nur noch mit der Vorratsspeicherung möglich sei. Dem Argument, dass selbst die USA ohne Vorratsdatenspeicherung auskäme verschlossen sich die SPD und CDU. Auf die Spitze wurde das Ganze getrieben, als die Koalitionsfraktionen nicht einmal bereit waren, den Komplex im Ausschuss weiter zu diskutieren. Dies ist nun schon das zweite Mal, denn schon im letzten Plenum hatte die LINKE eine Diskussion zur Vorratsdatenspeicherung eingefordert.

Dirk Adams

WIR SEHEN UNS:

Jennifer Schubert nimmt am kommenden Samstag, 11. September 2010, an der Stern-Radtour der Grünen aus Hessen und Thüringen gegen die geplante Rhöntrasse teil. Vom Meininger Bahnhof aus startet die Radtour um 10.30 Uhr nach Dippach. Dort werden die Grünen und die Bürgerinitiative „Rettet die Rhön! – Alternativen zur B87n“, bei der Jennifer Schubert Vereinsmitglied ist, ein gemeinsames Sommerfest gegen den Bau der Trasse feiern.

Facebook, Twitter, Youtube, Landtag – wir sehen uns, wo und wie ihr wollt! Der nächste Newsletter erscheint nach dem Oktober-Plenum.



V.i.S.d.P.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen
Oliver Will und Theresa Junge
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt